

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

249 (9.9.1921) Erstes und Zweites Blatt

Karlsruher Tagblatt

Bezugspreis:
In Karlsruhe drei ins Haus
geliefert monatlich 6.— M.,
in den Ausgabestellen ab-
erholt monatlich 5.50 M.,
außwärts durch unsere
Agenturen bezogen 6.— M.
monatlich durch den Brief-
träger frei ins Haus gebracht
monatlich 6.— M., Viertel-
jährlich 18.— M.

**Verlag, Schriftleitung und
Geschäftsbüro:**
Schriftleitung der Redaktion
11-12 Uhr vormittags.

Anzeigen:
die nach Anzeigenblätter
oder deren Raum ab total
1.40 M. bis auswärts 1.60 M.
Reklamentexte 5.— M.,
an erster Stelle 6.50 M.,
Nacht nach Tarif.
Anzeigenannahme bis 12 Uhr
mittags; kleinere Anzeigen
spätestens bis 4 Uhr nachm.
Fernschreibkassen:
Geschäftsbüro Nr. 257,
Berlin Nr. 21 n. 207,
Schriftleitung 20 n. 891,
Schriftführer Nr. 19.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ **Badische Morgenpost**

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Mode und Heim“ / „Die Scholle“

Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Heftblatt: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Carl Dohr
für Anzeigen: Heinrich Schreiber. Druck u. Verlag: C. F. Müller'sche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Jäger, Berlin-Pankow, Rosarstr. 37. Telefon Zentrum 428
für unverlangte Manuskripte oder Druckfächer übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 249. Freitag, den 9. September 1921. Erstes Blatt.

Aus der deutschen Gegebenheit.

**Planke, Adjutant beim Detachement Châ-
teau de Monvalon bei Vitrolles, mißhandelte
den fluchtverdächtigen Gefreiten Walter Klein
vom Inf.-Reg. 23, M.-G.-R., Adam Geuß vom
Inf.-Reg. 23, M.-G.-R., und Franz Wirtel
vom Inf.-Reg. 20 noch vollständig entklei-
dung in Gegenwart französischer Soldaten mit
einem etwa einen Meter langen Riemen, der in
großer Schmalte endigte, derartig, daß die Spu-
ren noch nach 14 Tagen zu sehen waren. Auch
schlug er sie mit dem Revolver ins Gesicht, so daß
sie aus Augen und Nase bluteten. Sodann wur-
den sie unter Fußtritt, nur mit Hemd und
Drahtgürtel bekleidet, in eine Dunkelzelle ge-
bracht. Als sie von dort wieder zu entkommen
versuchten, wurden ihnen die Hände so fest zu-
sammengebunden, daß sie blau anliefen. Dann
wurden sie unter Fußtritt und Mißhandlungen
mit Säcken, Gewehrholzen und Revolvern
in die Zelle zurückgeführt. Geuß erhielt da-
bei von hinten über den Kopf einen Schlag auf
die Nase.**

**Polizist, Capitaine und Kommandant
des Lagers St. Nazaire, verhängte Disziplinar-
strafen von unangenehmer Härte und Grausam-
keit, welche die körperliche und seelische Wider-
standskraft der Gefangenen in kurzer Zeit brach-
ten. Die Kriegsgefangenen Gungold und Braun-
schweig ließ er solange im Arrest sitzen, bis sie in
Gesundheit wieder verließen. Auf ausdrücklichen
Befehl des Politikers bestand die tägliche Nähr-
ung der Arrestanten aus einem Pöffel dünner
Suppe. In einem Jahre ließ Polizist an 2500
Männern nur etwa 12 Hemden ausgeben!**

**Ducoli, Abt. im Lager Casabianka auf
Sardinien, schlug die Zivil- und Kriegsgefangenen
gemeinsamhaft mit einer Hundepöschke, u. a.
verbeißte er den Zivilgefangenen Marber und
den Einj.-Brem. Schließlich auf das röherte mit
der Hundepöschke, als beide nach miflungener
Flucht in das Lager zurückgebracht wurden.**

Neue Tarifierhöhungen.

Von Professor Gerland.
Die durch die wachsende Teuerung bedingten
Forderungen der Beamten und Arbeiter sind zum
Gegenstand eingehender Verhandlungen mit der
Reichsregierung gemacht, die in dankenswerter
Weise die Initiative ergreifen hat, um einer sonst
nicht vermeidbaren Krise zuvorzukommen. Die
Verhandlungen haben, wie man hört, zu einem
teilweisen befriedigenden Resultat geführt.
Aber die große Frage, wie die Mehrausgaben im
Etat des Reichs gedeckt werden sollen, ist
unangeführt. Dabei gehen diese Mehrausgaben in
vielen Milliarden. Und da die fortschreitende
Geldentwertung alle bisherigen Berechnungen,
die man den Steuervorlagen zugrunde gelegt
hat, über den Haufen zu werfen droht, so ist in
der Tat das Steuerprogramm, so wie es sich die
Regierung gedacht hatte, bereits heute er-
lebig. Denn zu den damals mindestens nicht
gedeckten 20 Milliarden treten heute wieder min-
destens neue 10 Milliarden, für die Deckung not-
wendig ist.

Bei den Besprechungen der Frage, wie hierfür
ausgleich in den Einnahmen geschaffen werden
soll, ist von den beteiligten Ressorts bereits er-
klärt worden, es müßten die Tarife sowohl der
Eisenbahn als auch der Post erneuert erhöht werden.
Vor der letzten Tarifierhöhung habe ich, leider
vergeblich, vor einer Politik gewarnt, die sich ein-
seitig, durch ein einfaches ziffernmäßiges Ein-
aufschrauben gewisser Belastungen Defizite decken
zu können. Ich habe damals bereits darauf
hingewiesen, daß die Politik der Tarifier-
höhung kündigt ein Defizitlag bleiben
würde und bleiben muß und daß sie im Gegenteil
mit Notwendigkeit zu immer neuen Tarifierhö-
hungen führen muß.

Das, was ich vorausgesagt habe, ist eingetreten.
Nur weisen sowohl Eisenbahn wie Post darauf
hin, daß die Einnahmen nicht beträchtlich durch
die neuen Tarifierhöhungen herabgegangen seien.
Es mag das ja an sich richtig sein. Und wenn der
Eisenbahnminister namentlich in bezug auf die
Personentarife erklärt, daß Einnahmeverzün-
gungen nicht eingetreten seien, so beweist doch auch
andererseits ein Blick auf die Bahnhöfe, wie ver-
ändert das äußere Ansehen unserer Eisenbahn-
höfe heute ist und wie die Abwanderung von der
2. zur 4. Klasse im steigenden Maße sich vollzieht.
Dieser Prozeß wird durch eine abermalige Tarifier-
höhung nicht aufgehoben werden, im Gegenteil,
er wird sich nur noch abgeben von den
zwei Kategorien von inländischen Reisenden,
nämlich die sich auf der Bahn befinden: die Schie-
ber und die, die auf fremde Kosten reisen, in der
2. resp. 1. Klasse, die übrigen zum kleineren Teil
in der 3. zum größeren in der 4. Klasse.

Aber die Frage, ob durch die Tarifierhöhungen
die Einnahmen in die Höhe gehen oder herab-
gehen werden, ist nicht die entscheidende. Es

kommt heute nur noch darauf an, daß man ein
Steuerregiment aufstellt, in dem die einzelnen Steu-
ern sich nicht gegenseitig aufheben, sondern auf-
einander abgehakt sind und sich gegenseitig be-
dingen. Hat man eine derartige systematische or-
ganische Arbeit in dem Steuerprogramm der Re-
gierung, wie es kürzlich veröffentlicht ist, leider
vollständig vermissen müssen, so ist die Politik der
fortgesetzten Tarifierhöhungen das Gegenteil von
dem, was in der gegenwärtigen Zeit erzieht wer-
den muß. Die ganze Steuerreform steht und fällt
mit der Beschränkung oder der Fort-

führung der Inflation. Eine Steuer,
die von vornherein zur größeren Inflation führt,
trägt von vornherein ihr eigenes Defizit in sich
und kann und wird niemals zu einer wirklichen
Verbesserung der Lage führen. Und hier sind es
nun gerade die Tarifierhöhungen, die die Inflation
unter allen Umständen begünstigen, da sie
ihrerseits zu einer Erhöhung, und zwar zu einer
bedeutenden Erhöhung der Preise, führen müssen.
Wenn man bedenkt, daß ein größerer Eisen-
apparat, der in Mitteldeutschland zum Preis von
97 Mark verkauft wird und eine Frachtbeförde-

zung von etwa 300 Kilometer erfordert, mit min-
destens 35 Mark Fracht belastet ist, so kann man
aus diesem Beispiel am besten sehen, wie unge-
heuerlich die Tarifierhöhungen auf die Preisbil-
dung in Deutschland wirken.
Die Tarifpolitik des Reichs leidet also an dem
Fehler, daß sie niemals zu einem Erfolg führen
kann, sondern daß sie ständig das Uebel, an dem
wir leiden, die Inflation vermehrt. Und deshalb
möchte ich in dem Augenblick, in dem man wieder
Tarifierhöhungen ankündigt, auf das dringendste
davor warnen, mit einer Politik fortzufahren,
deren Resultatlosigkeit und Unerlösigkeit nach-
gerade doch auch für den Blinden klar geworden
sein dürfte.
Nun wendet man gegen meine Ausführungen
dreierlei ein.

Die Einigung zwischen Berlin und München.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-
schrieben:

Es kann festgestellt werden, daß die Verhand-
lungen zwischen der Reichsregierung und der
bayerischen Delegation an sich gütlich ver-
laufen sind. Sie haben zu einer prinzi-
piellen Einigung geführt, die den Charak-
ter eines Kompromisses trägt. In parlamentari-
schen Kreisen wird veräußert, die Lösung bestiehe
darin, daß die Regierung sich zu einem noch
näher zu bestimmenden Termin den Ausnahmestand
aufheben wird, wobei die Reichsregie-
rung in der Festlegung des Termins der bayeri-
schen Regierung weitgehende Zugeständnisse
machen soll. Ein Ausschuß trat nach Abschluß
dieser beiderseitig befriedigenden Verhandlungen
zusammen, um die Aufgabe, die Ergebnisse zu
formulieren. Die bayerische Delegation hat dem
Vernehmen nach heute abend bereits Berlin ver-
lassen, um am Freitag mittag der Regierung
sich das Resultat vorzulegen. Noch im Laufe
des Nachmittags berief der Reichskanzler die
Führer der Koalitionsparteien des Reichstages
zu sich, um ihnen Mitteilungen von dem Ergeb-
nis zu machen. Es stellte sich heraus, daß Zen-
trum und Demokraten das Verhalten der
Reichsregierung, das übrigens auch in völkis-
ch-parteilichen Kreisen gebilligt wird, gut
heißen, während die Führer der sozialdemokra-
tischen Fraktion einen abweichenden Stand-
punkt einnahmen. Die Mehrheitssozialisten ver-
treten die Meinung, daß das Entgegenkommen
der Reichsregierung den Bayern gegenüber zu
weit gehe. Da dieses Entgegenkommen kaum
ohne die Zustimmung des sozialdemokratischen
Reichsministers des Innern Grafen v. Helldorf
geschehen sein dürfte, so läßt diese sozialdemo-
kratische Ablehnung des Standpunktes der
Reichsregierung auf eine Desavouierung des
eigenen Parteiministers aus. Nach den Ver-
handlungen, die am Mittwoch zwischen den Füh-
rern der Mehrheitssozialisten und der Unabhän-
gigen stattgefunden haben, und die zu einer
Entente cordiale dieser beiden Parteien führte,
kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als
ob die Partei Scheidemanns in der hier erörter-
ten Angelegenheit scharf unter den Lin-
radikalen Einfluß der Unabhängigen ge-
raten ist.

Die Lage in Oberschlesien.

Deutschland oder einer seiner Staaten, zum
Grund eines neuen bewaffneten Einmarsches
zu machen. Diese Tatsache sollte eine eindring-
liche Mahnung für alle diejenigen sein, die sich
der schmerzlichen Verleugung des leidigen Zwischens-
falls aus Parteirücksichten entgehen können.

Die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 8. Sept. In der heutigen Presse-
konferenz sprach Dr. Zukasch über Ober-
schlesien. Ein Besuch sei kaum zu erwarten,
würde auch von England nicht zugelassen
werden. Meldungen aus Katibor, die aus
privater Quelle zu kommen scheinen, sind mit
größerer Vorsicht aufzunehmen. Im Ratibor und
Umgebung ist ein Umsturz der Weimara-
nach der deutschen Seite festzustellen. Die wirt-
schaftliche Lage in Oberschlesien ist bisher
schlimm. Die Preise wollen versuchen, zu er-
reichen, daß der Völkerverbund die Lage an
Ort und Stelle studieren möge. Zunächst wird
der Transport der Deutscher Flüchtlinge in die
Wege geleitet werden. Es handelt sich um
25 000 bis 30 000 Deutsche und um 2000 polnische
Flüchtlinge. Eine zweite Abfertigung ist un-
wahrscheinlich. Auch die Entente wünscht sie
nicht.

Der Belagerungszustand in Oberschlesien aufgehoben.

Reuthe, 8. Sept. Der Belagerungszustand
ist gestern für ganz Oberschlesien ortsaufgehoben wor-
den.

Aus dem Völkerverbund.

Genf, 8. Sept. Die Völkerverbundver-
sammlung beriet in ihrer heutigen Vormittags-
sitzung den Bericht des Völkerverbundesrates über
seine bisherigen Arbeiten. Branting-Schweden
eröffnete die Debatte, er sagte u. a.: Man habe
vielfach den Eindruck, daß nicht alle Beschlüsse
vom Völkerverbund, sondern an anderer
Stelle gefaßt worden seien. Diese Vorwürfe
gegen die Tätigkeit des Rates wurden von Lord
Robert Cecil zurückgewiesen, der die unpar-
teitische Haltung des Völkerverbundes rühmte.
Er besprach auch die oberste schlesische Frage
und sagte: Ich will nichts in der Sache selbst
sagen, aber die Hoffnung ausdrücken, daß der
Völkerverbund nicht nur eine völlig gerechte
Lösung finden wird, was selbstverständlich ist,
sondern eine Lösung, die aller Welt gerecht
erscheint; denn es genügt nicht, daß eine Lösung
gerecht ist, sie muß auch als gerecht empfunden
werden. Lord Robert Cecil besprach darauf die
Verteilung der deutschen Kolonien. Er
erinnerte an den amerikanischen Protest ge-
gen eine Lösung, bei der Amerika nicht getra-
gen worden sei. Der Völkerverbund könne nicht dul-
den, daß gerade in Amerika jetzt dem Völkerver-
bund der Vorwurf gemacht werde, daß die Man-
datsübertragung nur eine verdeckte An-
nexion sei.

Ein Holländer über die schwarzen Truppen.

1. Amsterdam, 8. Sept. Der holländische Arzt
Dr. Keneff hat im holländischen Gebiet Beobach-
tungen über das Verhalten der farbigen Trup-
pen angestellt und kommt in Vorträgen, die er
jetzt in Holland hält, zu dem Schluß, daß Frank-
reich die farbigen Truppen so schnell als möglich
aus dem besten Gebiet entfernen müsse. Er
schildert, wie diese unwillkürlichen Karavane nach
Europa transportiert und auf die Schiffsfelder
geführt wurden. Frankreich trage allein die
Verantwortung für die Verbrechen und Schand-
taten, die im Rheinland von den farbigen be-
gangen werden. Das französische System, das
bei weiterer Durchführung die gesamte euro-
päische Kultur in Gefahr bringen müsse, sei
verderblich.

Die Vorträge haben in Holland einen her-
anziehenden Widerhall gefunden, daß sich eine Ver-
einigung gebildet hat, die für die Beseitigung
der farbigen Truppen aus dem Rheinland alle
weiteren Schritte unternehmen will.

Frankreich auf der Saue.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-
schrieben:

Die Befürchtung, daß der Konflikt zwischen
Bayern und der Reichsregierung nicht ohne
Eindruck auf das Ausland bleiben wird, hat
sich bestätigt. Der Pariser „Temps“, der schon
manchen Wink der Pariser Regierung an
Deutschland hat weiter geben müssen, mißt sich
jetzt mit Befolgen in den Streitfall ein und er-
klärt, daß, wenn die Reichsregierung den
Einkauf über die Reichsregierung davontrage und
der Belagerungszustand in Bayern aufrecht
erhalten bleibe, man sich fragen müsse, ob nicht
im Interesse des europäischen Friedens vor-
zuziehende Maßnahmen gegen die Münchener Ge-
fahr zu ergreifen seien. Diese Bemerkung ent-
hält nicht mehr und nicht weniger als die
Drohung, einen ganz internen deutschen Streit-
fall zum Grund eines neuen Druckes auf

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten.

Wagen, von denen aus man meiner Ansicht nach der Lösung des Problems näher treten muß.

Endlich aber dürfte eine Forderung zurzeit mehr als gerechtfertigt sein. Die Frage der Tarifserhöhung kann nicht einseitig von irgend einem Ressort erledigt werden.

Die Unruhen in Speyer.

Speyer, 8. Sept. Wegen der gewalttätigen Demonstration in der vorigen Woche, wobei bekanntlich das Regierungsgebäude demoliert wurde, hat die Polizei gestern neue Verfügungen vorgenommen.

Es werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Im Laufe der Nacht waren die vier Rädelkämpfer, die anlässlich der Kundgebung vor acht Tagen den Bildersturm im Regierungsgebäude veranlaßt hatten, verhaftet und in das Amtsgefängnis übergeführt worden.

Speyer, 8. Sept. Aus Anlaß der Ausschreitungen hat der Provinzdelegierte der Pfalz die Befehlsmex 111, die Gendarmen und Poli-

zei in der Kreishauptstadt übernommen und dem Regierungspräsidenten und dem stellvertretenden Bürgermeister von Speyer die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zugesichert.

Die Trennungspläne.

(Drahtmeldung unseres Münchener Korrespondenten.) fr. München, 8. Sept. Außer den Sozialisten und den Zentrumskreisen Erzbergerischer Richtung scheinen sich auch die demokratischen Bayern die Drohung mit der Abtrennung der fränkischen Provinzen von Bayern zu eigen machen zu wollen.

Ein Aufmarsch der bayerischen Sozialdemokraten. München, 8. Sept. Die Sozialdemokratische Partei Bayerns erklärt einen Aufruf, der der bayerischen Regierung maßlose Verblendung vorwirft und die Massen ermahnt, nichts gegen die Parole der Führer zu unternehmen.

Volkspartei und Bayern.

m. Berlin, 8. Sept. Die „Tägliche Rundschau“, die als Organ der Deutschen Volkspartei gilt, schreibt zu den Verhandlungen der Reichsregierung mit Bayern bezüglich der Forderung der Aufhebung des Belagerungszustandes in ihrer heutigen Morgenansgabe u. a.:

Die Sozialdemokratie gegen das Verbot kommunistischer Blätter.

Berlin, 8. Sept. Die der „Vorwärts“ meldet, fand am Mittwoch eine vertrauliche Aussprache zwischen Vertretern der S. P. D. und U. S. P. D. über die politische Lage statt.

Frankfurt, 8. Sept. Die Vertreter der drei sozialistischen Parteien Frankfurts fordern sofortige Aufhebung des Verbots kommunistischer Zeitungen.

Theater und Musik.

Mitteilung des Landes-Theater. In der vom Intendanten geleiteten Kassenstudie von Beethoven's „Fidelio“, der am Sonntag, den 11. September, als erste große Opernvorstellung des neuen Spieljahres zur Aufführung kommt, ist die Partie des „Don Fernando“ mit Rudolf Wenzel, die des „Alfred“ mit Billy Jiffen und die der „Marzelline“ mit Hanna Rodaga neu besetzt.

Kritikerstreit in Nürnberg. Die gesamte Nürnberger Presse erklärt, wegen unwürdiger Zumutungen der Intendant des Stadttheaters und des Stadtrats an die kritische Tätigkeit der Nürnberger Presse jede Veröffentlichung über das Stadttheater so lange einzustellen, bis die Angelegenheit zufriedenstellend erledigt ist.

Kunst und Wissenschaft.

Preisverleihung. Der erste Preis nebst Ehrenturnerplakette aus der Mueller-Alexander-Stiftung für die besten Ergebnisse bei der Diplomprüfung an der Technischen Hochschule in Darmstadt wurde dem früheren Studierenden der Chemie Dipl.-Ing. Otto Buchs aus Karlsruhe i. N. zuerkannt.

Der Vater Professor Robert Breyer ist für die Studienjahre 1921/22 zum Direktor der Akademie der bildenden Künste in Stuttgart ernannt worden.

Die Ernennung des bisherigen v. Professors Dr. A. C. Brückmann in Pöstock, früher in Karlsruhe, zum ordentlichen Professor an der Universität in Köln ist erfolgt; ihm wurde der neugegründete Lehrstuhl für Kunstgeschichte übertragen.

Oberregierungsrat Josef Panzer, der langjährige Syndikus der Münchener Technischen Hochschule, ist am 2. ds. Mis. in Soltau bei München gestorben.

Dostojewski's schwerste Stunde. Gelegentlich des bevorstehenden hundertsten Geburtstages von Dostojewski sei an die Anklage erinnert, die den großen russischen Schriftsteller in das „Totenhäus“ führte.

England und Irland.

(Eigener Drahtbericht.) London, 8. Sept. Wie die Blätter melden, hat das Londoner Kabinett den Iren die Bedingung gestellt, die Souveränität des britischen Reiches über Irland anzuerkennen.

Arbeitslosenmärkte in London.

London, 8. Sept. Die Blätter melden aus Dundee Ausschreitungen der Arbeitslosen. Es kam zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und einer Menge von circa 5000 Personen, darunter zahlreiche Frauen, wobei von beiden der Menge mit Steinen geworfen wurde.

Südamerika und der Völkerverbund.

Basel, 8. Sept. Dem „New York Herald“ und der „Chicago Tribune“ zufolge erklären die Vertreter der südamerikanischen Republiken beim Völkerverbund, daß sie sehr geringes Interesse am Völkerverbund hätten, der sich immer mehr als ein Kongress für europäische Angelegenheiten entwickle.

Die Französisierung des Saargebietes.

Saarbrücken, 8. Sept. Die Regierungskommission des Saargebietes richtete an den Bürgermeister von Saarbrücken ein Schreiben, worin vom 1. April 1922 an auch die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Kommunalverwaltung in Franken entlohnt werden müssen.

Verschiedene Drahtmeldungen.

Die Tat einer Wahnsinnigen.

t. Darmstadt, 8. Sept. In dem benachbarten Löhren hat die Frau des Bergmanns Reiche in geistiger Ummachtung ihre drei Knaben im Alter von 11, 9 und 7 Jahren während der Nacht ermordet.

Ein Aufruhr in Südtirol durch Feuer zerstört.

c. Mailand, 7. Sept. Eine heftige Feuersbrunst hat in Südtirol das Dorf Molveno zerstört. Molveno ist ein Sommerortort auf ungefähr 1000 Meter Höhe über dem Meere.

Neuer Sportkonzernentwurf.

Dresden, 8. Sept. Hier sind abermals zwei große Konzernunternehmungen in Schwierigkeiten geraten. Der erste Fall betrifft die Dresdener Sportbank, bei der heute früh mehrere Millionen ansbehalten werden sollten.

Studentenverfolgungen in Moskau.

Paris, 7. Sept. Nach einer Meldung aus Moskau haben die Studenten eine Ausschließung angenommen, in der die Sowjetregierung getadelt wird.

Proteste gegen die Teuerung in England.

London, 7. Sept. Der Kongress der englischen Gewerkschaften in Cardiff hat einen Protest gegen die Teuerung in England erlassen.

Ein unverbrennbares Flugzeug.

London, 7. Sept. Auf dem Flugplatz Hendon wurde ein Versuch mit einem unverbrennbaren Flugzeug unternommen.

Absturz eines französischen Flugzeuges.

Le Bourget, 7. Sept. Gestern Abend führte ein Flugzeug der Linie Paris-Strasbourg ab.

Ein Liebesdrama.

Banne i. B., 7. Sept. In der Gemeinde Hölzinghausen bei Banne in Westfalen ermordete der Bergmann Linemann seine Frau und verletzte sich selbst schwer.

Der Amtsdieners als Rittmeister a. D.

Brannschweig, 7. Sept. Der als Polizeihauptmann der Schutzpolizei aus Königsberg nach Brannschweig gerufene angehende Rittmeister Wilhelm B. a. wurde heute, einer Meldung der „Braunh. hiesigen Landeszeitung“ zufolge, von der Strafkammer des Landgerichts 1 in Braunschweig wegen verübten Betrugs an 1000 M. Geldstrafe verurteilt.

Dynamitanschlag vereitelt.

Hamburg, 7. Sept. Kriminalbeamte nahmen drei junge Burden fest, die 28 1/2 Kilogramm Dynamit bei sich trugen.

Der Markkurs in Zürich.

(Eigener Drahtbericht.) c. Zürich, 8. Sept. Die heutige Schlussnotierung: 100 M. = 5.80 Geld, 5.90 Brief-Franken.

seinen Leidensgenossen auf den Siemenowskylas in Petersburg geführt, wo alles zur Hinrichtung vorbereitet war.

Londoner Erwerbungen deutscher Kunst.

Das Britische Museum hat jetzt die Erwerbungen an Zeichnungen angekauft, die es seit 1914 gemacht hat.

Die Japaner kaufen ihre Kunstschätze zurück.

Während die Japaner in den ersten Jahrzehnten der Europaisierung ihres Landes sich wenig um ihre alten Kunstschätze kümmerten und so viele hervorragende Werke ins Ausland gelangen konnten, ist gegenwärtig wieder ein leidenschaftliches Verlangen nach altjapanischer Kunst in der Heimat erwacht.

Europa zurück. Dies mag ihnen in Ländern mit schlechter Saluta wie bei uns leicht werden, aber es ist auch in England der Fall.

Zeitschriftenchau.

Maximilian Hardens „Zukunft“ erscheint nun doch weiter. Maximilian Hardens Wochenchrift „Die Zukunft“ beginnt am 1. Oktober ihren 30. Jahrgang.

Ein deutsches Gefangenenlager.

Sehung und Gegenstand zu ihrer bereits im 100. Tausend erschienenen „Gegenrechnung“ bringen die Süddeutschen Monatshefte, die genaue Schilderung eines großen deutschen Gefangenenlagers. Das „Deutsche Gefangenenlager“ hat Mitte September zur Ausgabe gelangt, enthält zahlreiche Bilder vom Leben der feindlichen Kriegsgefangenen in Deutschland, nach Photographien, die die Kriegsgefangenen selbst haben herstellen lassen.

Die Zusatzsteuer auf Einkommen aus werbendem Kapital.

Auf der Suche nach neuen Steuerquellen ist man auch auf den Gedanken gekommen, jene Einkommen, die aus sogen. werbendem Kapital fließen, besonders zu beuern...

Vertikalarbeit zu leisten. Man halte sich also auf der einen Seite frei von Illusionen und auf der anderen Seite frei von Nervosität...

Es fällt heute nicht schwer, im Reich und in Preußen einen starken Koalitionsblock zu schaffen, der willens ist, die gegenwärtige Verfassung mit allen staatlichen Mitteln nach allen Seiten hin zu verteidigen...

Es ist unmöglich, ein nicht geringer Unterschied zwischen der Mäßigen Steuerwald und der Mäßigen Wirth sein zu lassen...

Deutsches Reich.

Staatssekretär Bergmann.

Berlin, 8. Sept. Zum 1. September ist dem Vorsitzenden der Deutschen Kriegslastenkommission, Staatssekretär Karl Bergmann, vom Reichsfinanzministerium die von ihm nachgesuchte Entlassung aus dem Reichsdienst erteilt worden.

Verhandlungen über die preußische Kabinetts-umbildung.

Berlin, 8. Sept. Heute nachmittag haben die offiziellen Verhandlungen zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald und den Vertretern der alten Koalition über die Umbildung der preußischen Regierung begonnen.

Die deutschen Städte und die Steuerpolitik.

Berlin, 8. Sept. Der Deutsche Städtebund, der in Wiesbaden tagte, hat eine Entschließung angenommen, in der u. a. ausgeführt wird:

„Die Steuerpolitik des Reiches legt die Wirtschaft der deutschen Gemeinden lahm. Das Reich hat den Gemeinden die sofortige Erstattung ihrer Kriegsausgaben versagt und ihnen die Aufbringung der Anleihen zu einem Zeitpunkt überlassen, wo der Markt für Gemeindeanleihen still liegt...

Der „Notbann“.

Berlin, 8. Sept. Der „Vorwärts“ behauptet, daß die in Berlin nach Auflösung der Einwohnerwehr geschaffene neue Organisation „Notbann“, die zum Schutz gegen den Streikradikalismus dienen soll, in Wirklichkeit eine verschleierte Einwohnerwehr sei.

Die Unterdrückung gegen Hirschfeld.

X. Oberkirch, 8. Sept. Der Naturist Otto v. Hirschfeld, der im Eraberger-Helferich-Prozess auf Eraberger ein Alibi verriet, wurde hier mehreren Zeugen gegenübergestellt. Es ergab sich aber, daß Hirschfeld als Täter der Mordtat gegen Eraberger nicht in Frage kommt.

Gegen Ruffschöber.

Berlin, 8. Sept. Antich wird mitgeteilt: In verschiedenen Fällen sind politische harmlose Veranstaltungen und öffentliche Versammlungen planmäßig unter Anwendung von Gewalt zerstört und gespartet worden.

Aufhebung der Kriegshinterbliebenentente.

Berlin, 7. Sept. Im Anschluß an die Regelung der Beamtengehälter usw. stimmte das Reichskabinett den vom Reichsarbeitsminister vorgelegten Grundrissen zur Aufhebung der Kriegshinterbliebenentente usw. zu.

Die heftigen Landtagswahlen.

Darmstadt, 8. Sept. (Wolff.) Durch Beschluß des Ministeriums wurde der Termin der heftigen Landtagswahlen auf Sonntag, den 27. November, festgesetzt.

Aus dem sächsischen Staatshaushalt.

Berlin, 8. Sept. Der sächsische Staatshaushalt schließt mit einem Fehlbetrag von 848 Millionen ab.

Verbandsstag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten.

Der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, der einen Mitgliederbestand von 100.000 umfaßt, hielt, wie man uns schreibt, am 7. September unter zahlreicher Beteiligung auswärtiger Delegierter den ersten Verbandsstag seines 11. Verbandstages ab.

gaben kompliziert. Die gespannten wirtschaftlichen Verhältnisse wirken sich insbesondere in dem Wirtschaftszustand der Beamten aus, und um der bedrängten Beamtenschaft eine Entlastung zu verschaffen, mußte die Verbandsleitung in erster Hinsicht darauf hinwirken, daß die Regierung rechtzeitig und in ausreichender Weise Hilfsmaßnahmen ergreift.

Vaterländisch verboten — kommunistisch erlaubt.

Der Landesverband Thüringen der Deutschen Volkspartei erhebt scharfen Protest gegen die Verfügung des thüringischen Ministers des Innern, wonach eine rein vaterländische, den inneren Frieden des Staates in keiner Weise gefährdende Jugendtagung eines landesweiten Berufsverbandes verboten wird.

Der Landesverband Thüringen der Deutschen Volkspartei erhebt scharfen Protest gegen die Verfügung des thüringischen Ministers des Innern, wonach eine rein vaterländische, den inneren Frieden des Staates in keiner Weise gefährdende Jugendtagung eines landesweiten Berufsverbandes verboten wird.

Die vaterländische Feier war von dem Gau Thüringen des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes geplant. Sie sollte einen unpolitischen Charakter tragen.

Podenerkrankungen in Oberschlesien.

1. Katowitz, 8. Sept. An der Grenze häufen sich die Podenerkrankungen. Da in Miklowitz und Pleß mehrere Fälle durch nachweisbare Einschleppung festgestellt wurden, hat die P.M.S. eine genauere Grenzüberwachung angeordnet.

Verhaftung eines französischen Konsulatssekretärs.

Eisenach, 7. Sept. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde der französische Konsulatssekretär Charles Rousseau wegen Diebstahls verhaftet. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß er außerdem als französischer Spion tätig war.

Das Flugverbot im besetzten und neutralen Gebiet.

1. Berlin, 7. Sept. Der von der deutschen Regierung eingeleitete Protest gegen das vom Völkervertrag der Entente ausgesprochene Verbot des Fliegens im besetzten Gebiet und in der neutralen Zone ist vom Völkervertrag zurückgewiesen worden.

Badische Politik.

Angriffe der Münchener Presse gegen Baden.

Der „Badische Staatsanzeiger“ hat an der Spitze seiner Mittwochnummer einen Artikel betitelt „Sammlung“. In diesem Artikel wird über das Verhalten Bayerns folgendes gesagt: Sehr erschwert wird die Sammlung der verfallenen Steuern und besonnenen Elemente durch das Verhalten Bayerns.

Die Münchener Mütter wenden sich sehr scharf gegen diese Aeußerung und meinen, sie sei mit Billiana der Regierung veröffentlicht.

Die Geschäfte der Badischen Landwirtschaftskammer.

Die Badische Politische Korrespondenz, die Abgeordnetenkreise nachsteht, schreibt: In Nr. 201 des „Wälder Boten“ vom 2. September ds. Js. äußert sich die Badische Landwirtschaftskammer zu den Landtagsverhandlungen über das Geschäftsgebaren der Kammer.

lages herrschte nur eine Stimme darüber, daß der Ausschussbericht geradezu ein Musterbeispiel für eine sachliche und objektive Berichterstattung sei. Demgegenüber dürfte die von der Badischen Landwirtschaftskammer nahezu 8 Wochen nach dem Erscheinen des Ausschussberichts aufgestellte Behauptung, der Bericht sei einseitig, nicht schwer wiegen, und man wird dem von der Kammer in Aussicht gestellten Versuch, einen Beweis für diese Behauptung anzutreten, mit Belassenheit entgegenzusehen können.

Schule und Kirche.

Aus der evangelischen Landeskirche.

Unter großer Beteiligung fand am 7. September in der Karlsruher Stadtkirche das 72. Landesjahrestreffen des Evana. Vereins für Jüngere Mission in Baden statt. Abends vereinigten sich die Teilnehmer zu weltlichen Nachfeiern. — Vom 19. bis 22. September hält der Landesverein für Jüngere Mission in Herrenalb unter Leitung von Hc. Müller einen Kursus ab.

Sport / Spiel.

Fußball.

Reiterheimer Fußballverein — Germania Durlach. Am kommenden Samstag, abends 8 1/2 Uhr, findet auf dem Reiterheimer Sportplatz hinterm Hauptbahnhof das erste Verbandsspiel zwischen den Ligamannschaften des S.G. Germania Durlach und Reiterheimer Fußballverein statt.

Stimmen aus dem Publikum.

(Wir Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Von der Straßenbahn.

Der Fahrpreis der Straßenbahn erfährt demnächst wieder eine Erhöhung. Es wird jetzt teuer hier bei uns, Straßenbahn zu fahren als in der größten Großstadt. Dafür sollte man dem Publikum aber auch einige Annehmlichkeiten bieten und die bis jetzt ausschlaggebenden Nachteile wieder einfaches. Insbesondere die halbesche Wäld- und Mittelstraße werden allgemein vernichtet.

Aus Baden.

Der Badische Verkehrsverband Karlsruhe hält seine diesjährige Hauptversammlung am 2. und 3. Oktober in Badenweiler ab.

Durlach, 7. Sept. Vom 10.—12. September d. J. veranstaltet die „Concordia“ Frankfurt a. M. anlässlich ihres 75jährigen Jubiläums einen großen nationalen Gesangs- und Wettstreit. Als einziger süddeutscher Verein beteiligt sich das Fröblichsche Männerquartett Durlach. Der Wettstreit umfasst Klassen, Ehren- und höchstes Ehrenzeichen und müssen zwei Pflicht- und drei Preisstücke gesungen werden. Der Ausfall des Singens dürfte interessieren, wie sich das Fröblichsche Männerquartett in Konkurrenz mit den rheinländischen Vereinen halten wird. (Die Generalprobe findet kommenden Freitag, halb 8 Uhr im Saal der „Krone“ in Durlach statt.) Die Freie Metzgerinnung gibt bekannt, daß sie infolge Preisrückgänge sämtlicher Fleischwaren die Fleischpreise erhöhen muß.

Worheim, 8. Sept. Bei dem unglücklichen Motorradfahren am letzten Sonntag von Heubingen über Neuenbürg—Derrnals—Gersbach—Muralal—Wesfeld—Worheim handelte es sich um eine recht bedenkliche Sache. Die Fahrt sollte eine Gesellschaftsfahrt sein, wurde aber zu einer rasenden Wettfahrt, die, wie gemeldet, einen Toten und mehrere Verwundete forderte. Wie der „Worheimer Anzeiger“ schreibt, schlugen die Motorfahrer Schmelzausgleichswindigkeit ein und rasten so in maßloser Fahrt durch die Dörfer und Schwarzwaldtäler. Von den 25 Motorfahrern verunglückte einer schon bei Neuenbürg tödlich, während andere bei Wirsfeld beim Ueberholen aneinander rannten.

Graben, 8. Sept. Einem im „Erbsprinzen“ ausgebrochenen Feuer fielen eine große gefüllte Doppelscheuer, Schopf, Stallungen und Kesselbahn zum Opfer. Wohnhaus und der größte Teil des Viehs konnten gerettet werden.

Vendhal, 8. Sept. Das Bruchsaler Schloss konnte vor wenigen Tagen den 1000. Besucher in diesem Jahre aufweisen. Da der Besuch des Schlosses auch weiterhin sehr stark ist, so kann damit gerechnet werden, daß in diesem Jahr die Besucherzahl 15 000 betragen wird.

Wiesloch, 7. Sept. Beim Rangieren des Güterzuges 845 kam es gestern abend zum Zusammenstoß zwischen einer laufenden Abstellungswagen und dem Schlußende des stehenden Zuges, wobei drei Wagen zum Entgleisen gebracht wurden und der Verkehr eingeleistigt werden mußte. Ein Hilfszug von Heidelberg vermittelte ein rasches Instandsetzen des Zuges. Der Materialschaden ist verhältnismäßig gering. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht aufgeklärt.

Wiesloch, 8. Sept. Durch Feuer ist die Scheune des Landwirts Karl Tropp in Wiesloch dem umfanreichen Vorrat zerstört worden. Das Feuer ist wahrscheinlich durch spielende Kinder entstanden.

Wiesloch, 8. Sept. Im hiesigen Amtsgerichtsgebäude fand durch den Mannheimer Untersuchungsrichter eine Vernehmung des wegen Aufschlag verhafteten Korbmachers Fuchs und zahlreicher Jungen statt. Die Staatsanwaltschaft hat Fuchs im Reichert Walde verborgen. Teile von ihr wurden am Tatorte gefunden, nach der Staatsanwaltschaft selbst finden gegenwärtig Streifen statt.

Mannheim, 8. Sept. Im hiesigen Bahnhof traf sich ein 29jähriger lediger Kaufmann aus Karlsruhe-Walch unter einem ausfallenden Personenanzug und wurde auf der Stelle verhaftet.

Wiesloch, 8. Sept. Bei den Krankenversammlungen erhielten die Christlichen Gewerkschaften 963 Stimmen mit 24 Eigen- und 63 Ersatzstimmen und die Freien Gewerkschaften 619 Stimmen mit 16 Eigen- und 32 Ersatzstimmen.

Wiesloch, 8. Sept. Da die hiesigen Metzgermeister eine Herabsetzung der Fleischpreise verweigerten, hat die Ortsgruppe des Beamtenbundes eigene Schlachttiere vornehmen lassen. Die Preise sind durchweg niedriger, als die von den Metzgerern gebotenen. Die neue Einrichtung kann auch von Nichtbeamtenkreisen benutzt werden.

Wiesloch, 8. Sept. Aus dem Ergebnis eines im Hotel Meher veranstalteten Woblerturnierkamps „Baccarat“ konnten 45 000 M zur Auktion gebracht werden. 15 000 M wurden der Oberkassiererin, der Rest des Betrags der Stadtverwaltung für Kinderhilfe, Krankenhaus und Armenunterstützung zugewährt.

Wiesloch, 8. Sept. In der letzten Sitzung des Bürgerausschusses hielt Professor Dr. Gräffl-München einen Vortrag über Friedhofsanlagen und Grabdenkmäler, der durch zahlreiche Illustrationen und in welchem der Redner besonders auf die Wichtigkeit der Anlage von Waldfriedhöfen hinwies. Das Kollegium folgte den Ausführungen des Redners mit großem Interesse und spendete ihnen lebhaft Anerkennung. Im Anschluß an den Vortrag wurde ein Antrag des Inhalts angenommen, der Bürgerausschuß wolle den Stadtrat ermächtigen, über die Errichtung eines Waldfriedhofes einen genauen Plan durch Herrn Professor Dr. Gräffl anarbeiten zu lassen. Als nächster Punkt wurde die neue Vergütung der Feuerordnung behandelt, die an die Stelle der jetzigen Luftbarkeitsverordnung treten soll. Nach längerer Aussprache fand die neue Feuerordnung die Zustimmung des Kollegiums. Der Antrag des Stadtrats über Errichtung eines Musikhauses im Kurgarten, wobei die Frage des Eigentumsrechts und des Kostenersatzes wurde gleichfalls angenommen, ebenso ein weiterer Antrag, nach dem die durch Feuerung verursachten Zulagen für Beamte, Beamtenwärter, Angestellte und Vorpostenempfänger nach jeweiliger Festsetzung durch das Reich und in Art und Höhe festzusetzen. Schließlich wurden die Anträge über den Verkauf einer Gebäudefläche und Erwerbung einer ehemaligen Sendebatterie zur Einrichtung als Absonderungsanstalt genehmigt.

Vor Beginn der Sitzung fand eine Ergänzungswahl für den zum Stadtrat gewählten Stadtverordneten R. Ulrich statt. Gewählt wurde Stadtverordneter Kaiser zum Mitglied des Stadtverordneten-Vorstandes.

Bühl, 8. Sept. Das Kurhaus Gertelbach, das in herrlicher Lage in allerneuester Nähe der Gertelbacher Wasserfälle liegt, ist für 360 000 M an Dr. Simon aus Heidelberg verkauft worden, der dort ein Anabieninstitut errichten will. — In der zurzeit leerstehenden soa. Gertelbacher Sägemühle in Oberalbrach Feuer aus; das Gebäude wurde zerstört.

Achern, 8. Sept. Die Kupferschmelze, nachdem der Unternehmerverband der Kupferschmelze die neuen Lohnforderungen abgelehnt hat, in Mittelbaden in den Ausstand getreten.

Offenburg, 8. Sept. Nicht nur eine Reihe Diebstähle, sondern auch ekelhafteste Verunreinigung der in Kinach zur Abführung bereitgestellten Milch ließ sich Bernhard Schuler von Amendshofen bei Donaueschingen zuschulden kommen. Er sitzt nun hinter Schloß und Riegel.

Offenburg, 8. Sept. Das Gewerkschaftsamt hat den Kompromiß mit den Christlichen Gewerkschaften zur Vermeidung eines Wahlfalles bei den bevorstehenden Krankenkassenwahlen abgelehnt.

Lenningen bei Emmendingen, 8. Sept. Eine Mittelverversammlung des Sozialdemokratischen Vereins nahm Stellung zur Beschlagnahme des Zuckers, der für die landwirtschaftlichen Organisationen bestimmt war. Reichstagsabgeordneter Niedmiller wurde beauftragt, bei der Reichsregierung anzufragen, ob sie bereit ist, sofort Schritte zu unternehmen, um den beschlagnahmten Zucker zum selben Preis (3.80 bis 4.—) an die gesamte Bevölkerung zur Verteilung zu bringen.

Oberweil bei Breisach, 8. Sept. Hier hatte man einen Dieb verhaftet, der eine Kiste gestohlen hatte. Während des Verhörs im Ortsarrest hat der Gauner, austreten zu dürfen. Als er draußen war, schloß er den Arrest zu und den Gardarm ein und flüchtete. Der Gardarm mußte von Dorfbewohnern aus seiner Lage befreit werden.

Freiburg, 8. Sept. Mehrere Butterhändlerinnen aus der Umgegend kamen zur Anzeige, weil sie auf dem Wochenmarkt Butter zu 28 M pro Pfund veräußert, die sie für 21 bis 23 M angekauft hatten.

Hausen bei Schopfheim, 8. Sept. In der Familie Greiner-Ziegler sind heute fünf Hochzeiten begangen worden. Das Ehepaar Ernst Ziegler beging die goldene, ihr Schwiegervater Wilh. Greiner die silberne Hochzeit, während zwei Töchter und ein Sohn am gleichen Tag den Bund der Ehe schlossen.

Tengen, 8. Sept. Bürgermeister Heiß legte sein Amt mit Kündigung für ein Jahr nieder.

Trüben, 8. Sept. Auf die schiefe Ebene geriet der Zeichenlehrer Albin Köblin aus Trüben, der eine Reihe Betrugsereien, Zechprellereien und Diebstähle verübte. Er gibt sich bald als Kunstmaler, bald als Baron aus und fand zahlreiche Gläubiger und Gläubiger. Es wird noch nach ihm gefahndet.

Wiesloch, 8. Sept. Der Fabrikant Heine hat seinen Arbeitern für 15 000 M Kartoffeln, den Rentner um 50 M, zur Verfügung gestellt.

Donaueschingen, 8. Sept. Auf dem Tanzboden wurde der 17jährige Tagelöhner Ernst Wehl vom Tode ereilt; ein Herzschlag setzte seinem Leben ein Ende.

Wiesloch, 8. Sept. Der Montaginspektor V. Heinemann, der Sohn des Altbürgermeisters Heinemann, ist tödlich vom Starkstrom getroffen worden, als er mit einem Ingenieur und einem Monteur des Elektrizitätswerks auf einem dienlichen Gang war. Es war eine Störung der Fernleitung gemeldet worden. Die drei Herren fuhren im Auto zu der betreffenden Stelle, stiegen dort aus und gingen der Leitung entlang. Alle drei erlitten plötzlich einen Schlag, der sofort tödlich wirkte. Ein Draht der Leitung war gerissen und hatte den nassen Boden im weiten Umkreis mit einer Stromstärke von 12 500 Volt geladen.

Wiesloch, 8. Sept. Eine Einbrecherbande treibt seit einigen Tagen im badischen Oberland ihr Unwesen. U. a. brannten die Diebe das Warenlager der Firma Harbrot und die Seifenfabrik J. B. Maier, wo der ganze Bestand an verarbeiteten Waren gestohlen wurde.

Konstanz, 8. Sept. Das Gesamtergebnis der Krankenkassenwahl für Konstanz einschließlich der Außenbezirke ergibt 884 Stimmen für die Christlichen Gewerkschaften und 985 Stimmen für die Freien Gewerkschaften.

Aus Nachbarländern.

Auerbach, 8. Sept. Die sozialdemokratischen Gemeinderäte traten in den Streik, weil ihr Antrag, die Nürtchenbilder aus dem Städtensaal zu entfernen, nicht sofortige Annahme fand.

Großentheim (Unterfr.), 8. Sept. Durch Feuerbrunst sind hier 11 Scheunen mit Nebengebäuden niedergebrannt. Zwei Wohnhäuser wurden stark beschädigt, mit Ausnahme von drei Scheunen waren alle mit unangesehnen Getreide gefüllt. Sämtliche Futtermittel, Getreide- und Strohvorräte sowie viele landwirtschaftliche Geräte und Maschinen fielen dem Feuer zum Opfer. Zwei Schweine und Gekügel sind mitverbrannt. Der Schaden wird auf 1 1/2 Millionen Mark geschätzt.

Mainz, 8. Sept. Hier ist man einer Millionenschädlichung auf die Spur gekommen, bei der die französische Nationalbahn die Leidtragende ist. Sie wurde um etwa 1 Million Mark geschädigt.

Strasbourg i. E., 8. Sept. Gestern nachmittag wurde die neue Hafeneinfahrt eröffnet. — Das Verbot der Ausfuhr und der Wiederbeförderung für Petroleum und Mineralöle ist aufgehoben.

Mühlhausen i. E., 8. Sept. Auf dem Schacht „Eise“ in Grafenau ereignete sich ein Grubenunglück, das großen Materialschaden verursachte. An dem beladenen Förderkorb riß das Förderseil, so daß er 623 Meter tief stürzte und Turm, Schachtfüllung und Füllort stark beschädigte. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Aus dem Stadtkreise.

Das Fleisch wird wieder teurer.

Der örtliche Verbraucherauschuß der Stadt Karlsruhe teilt uns mit: Kaum sind vier Wochen verfloßen, seit durch das einheitliche Vorgehen der hiesigen Verbraucherverbände die hiesige Metzgerinnung veranlaßt wurde, die Fleischpreise den gestiegenen Schlachtviehpreisen entsprechend zu senken, und schon sieht sich die Metzgerinnung genötigt, erneut den Antrag auf Erhöhung der Fleischpreise zu stellen. Mit diesem hatte sich am Montag nachmittag der Preisprüfungsausschuß für Fleisch und Wurstwaren der städtischen Preisprüfungsstelle zu beschäftigen. Obermeister Bettsche begründete den Antrag mit den in der letzten Zeit gestiegenen Schlachtviehpreisen. Rinder sind von 5,50 Mk. das Pfund Lebendgewicht auf 7,50 Mk. das Pfund Lebendgewicht, Schweine noch weit höher gestiegen, so daß es unmöglich ist, zu den bisherigen Preisen Fleisch zu kaufen.

Daß die Schlachtviehpreise in den letzten vierzehn Tagen gestiegen sind, mußte auch von sachkundiger Verbraucherseite anerkannt und eine entsprechende Erhöhung der Fleischpreise nicht als unbillig bezeichnet werden, zumal in anderen badischen Städten heute schon Rindfleisch 9—12 Mk. das Pfund kostet. Der Antrag der Verbraucher, beim Rindfleisch vorerst keine Erhöhung einzutreten zu lassen, wurde von der Metzgerinnung nicht angenommen, da die Metzger Rindfleisch erzie Güte zu dem Preis von 11 Mk. das Pfund unmöglich mehr liefern können. Nach längeren eingehenden Beratungen, wobei auch die Frage der Verteuerung des Fleisches durch den Handel besprochen und geprüft wurde, verständigte man sich auf der Grundlage, daß Rindfleisch 9—12 Mk., Rindfleisch 11—13 Mk., Schweinefleisch 16—18 Mk., Hammelfleisch 11—12 Mk. kosten soll. In der Sitzung wurde auch festgestellt, daß unter badisches Vieh aus dem Oberland (Wullendorf, Weiskirch uim.) durch auswärtige Viehhändler in Masse aufgekauft und nach Norddeutschland, dem Rheinland und in die Pfalz verendet wird. Der Anfuhr unseres Schlachtviehes, Preistreiber durch auswärtige Händler, sollte die Regierung mit entsprechenden Maßnahmen entgegen treten. Diese Händler treiben die Schlachtviehpreise in die Höhe und machen es den einheimischen Händlern unmöglich, billiges Vieh anzukommen.

Aber auch die Metzger sollten unter sich über einen gewissen Preis beim Einkauf von Vieh von den Händlern nicht hinausgehen und lieber einmal das Betreten von allerhöchsten Schlachtvieh aufgeben, um dadurch den Händler zu zwingen, seinerseits beim Einkauf zurückhaltender hinsichtlich der Preisbemessung zu sein. Darüber sollen in einer Versammlung der Metzger weitere Beschlüsse gefaßt werden.

Da bei den hohen Fleischpreisen vielen Verbraucherfamilien der Kauf von Fleisch unmöglich ist, will die Metzgerinnung frisches Gefrierfleisch (Schweine- und Rindfleisch) einführen. Es ist aber eine bedauerliche Tatsache, daß ein großer Teil der hiesigen Bevölkerung ein Vorurteil gegen das Gefrierfleisch hat, das in keiner Weise begründet ist. Das jetzt zur Einführung kommende Gefrierfleisch ist erster Güte und nicht zu verwechseln mit dem im Frühjahr von der Stadt verkauften Gefrierfleisch, das schon längere Zeit in gestörtem Zustande aufbewahrt wurde.

Wir richten an die Einwohnerschaft von Karlsruhe die dringende Bitte, wenn demnächst durch die Metzger billiges Gefrierfleisch zum Verkauf kommt, dieses zu kaufen, um durch Zurückhaltung im Kauf frischen Fleisches auf eine Senkung der Viehpreise hinzuwirken. In den großen Städten wie Berlin, Leipzig, Dresden und Hamburg besteht das hier vorhandene Vorurteil gegen Gefrierfleisch nicht; im Gegenteil, Gefrierfleisch wird dort in den meisten Gasthäusern verwendet; ein Beweis für seine Güte und Schmeckhaftigkeit.

Meldungen zum Eintritt in das Reichsheer. Von maßgebender Seite wird uns mitgeteilt, daß immer noch Personen, welche in das Reichsheer einzutreten wünschen, fälschlicherweise sich mit ihren Wünschen direkt an das Reichsheerministerium wenden. Wer in das Reichsheer eintreten will, wendet sich zweckmäßig an den Truppendienst, dem er angehören will. Wer wegen Ueberfüllung bei dem gemählten Truppendienst nicht antkommt, oder wer zu keinem bestimmten Truppendienst will, wendet sich an die Divisionskommandos. Die Städte der Division befinden sich in Königsberg (I.), Stettin (II), Berlin (III), Dresden (IV), Stuttgart (V), Münster (VI), München (VII), Frankfurt a. D. (I. Kavallerie-Div.), Breslau (2. Kav.-Div.), Cassel (3. Kav.-Div.).

Schiedssprüche. Mit Lohnfragen befaßte sich auf dem Gewerbeschlichtsamt das tarifliche Schiedsgericht für das Schuhmachergewerbe und für die Ziegeleiindustrie. Es kamen Lohnverhandlungen am 1. September mit vorläufig zweimonatiger Dauer zustande. Diese betragen im Schuhmachergewerbe 35—75 in der Ziegeleiindustrie 20—75 für September bezw. 25 bis 90 Pfg. für Oktober je Stunde.

Dem Landesförstungsanschuß liegen zurzeit gegen 100 Einwurfsfälle über die Regelung der Besoldungsverhältnisse von Gemeindebeamten vor. Die nächste Sitzung wird am 22. und 23. September im Ministerium des Innern stattfinden und in einer Sitzung am 29. September in Konstanz wird eine weitere größere Zahl von Schlichtungsstellen erledigt werden.

Vom Telephonwesen. Nach der neuen Fernsprechnordnung gilt bei Ortsgesprächsverbindungen die Leistung der Telegraphenverwaltung als ausgeführt, wenn der Anschluß den Anrufernden mit der verlangten Hauptstelle verbunden ist und diese oder eine daran angeschlossene Nebenstelle den Anruf beantwortet hat. Bei Ferngesprächsverbindungen gilt die Leistung der Telegraphenverwaltung erst dann als ausgeführt, wenn nach Bereitstellung der verlangten Verbindung die beiden beteiligten Hauptstellen — des

Anrufernden und des Angerufenen — oder eine an diese Hauptstellen angeschlossene Nebenstelle den Anruf beantwortet haben. Von diesem Zeitpunkt an ist eine Zurückziehung der Gesprächsanmeldung nicht mehr zulässig. Beht es einer der Beteiligten ab, in ein Gespräch einzutreten, so wird die Gebühr für ein Dreiminutengespräch der bestellten Gattung erhoben. Kommt ein Ferngespräch deshalb nicht zustande, weil der Anruf des Amtes am Ursprungs- und am Bestimmungsort oder an einem von ihnen nicht beantwortet wird, obwohl die Anschlüsse betriebsfähig sind, so wird als Vergütung für die Inanspruchnahme der Fernleitung und für nutzlose Betriebsarbeit ein Fünftel der Gebühr für ein Dreiminutengespräch der bestellten Gattung erhoben. Bei Gesprächen auf Entfernungen von nicht mehr als 15 Kilometer und im Vororts- und Bezirksverkehr wird diese Vergütung nicht berechnet.

Aufgegriffen. Im Stadtteil Müppurr wurde ein wohnungsloser Gelegenheitsarbeiter aufgegriffen, der sich schon längere Zeit bettelnd im Lande umhertrieb und sich im Besitze einer größeren Anzahl von Wäsestücken befand, die vermutlich von Diebstählen herrühren.

Unfall. Hier geriet ein Fuhrknecht beim Ueberfahren eines Industriegeländes in der Rißstraße unter sein mit Läden beladene Fuhrwerk. Er wurde eine Strecke weit geschleift und brachte den linken Arm unter das Vorderrad, wodurch er so starke Verletzungen erlitt, daß er mittels Krankentransports nach dem Stadt Krankenhaus verbracht werden mußte.

Chronik der Vereine.

Der Rentalarbeiterverband der Angestellten versammelte am letzten Samstag abend seine Mitglieder im großen Festsaal zum diesjährigen Stiftungsfest. Ein ausserordentliches Programm, wie wir es selten bei derartigen Gelegenheiten zu hören bekommen, sorgte für die erste und bessere Unterhaltung der zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste. Kammeränger J. von Gortom erstellte wieder mit reizenden Liedern und Kammermusikern zwei wohlgeklungenen Pflanz- und Variationen über ein Mozartthema. Beide Künstler erzielten großen, wohlverdienten Beifall und mußten sich zu Zugaben verstehen. Eine Stimmnummer für sich selbst spielte Fritz Herr. Ein herrlicher Humor ging am dem Abend von ihm aus. Sein Stoff war wohl „Der Aufschall“, im Mündchen Pflanz. Danach sei noch das Liedchen der „Darmionie“ unter Leitung des Herrn Hugo Rudolph erklingt, das mit seinen schönen, feinen gesungenen Melodien wesentlich zum Gelingen des Abends beitrug und auch ab 11 Uhr noch zum Tanz aufspielte, der mit und zum noch bis nach 2 Uhr trotz befallenen hielt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G.D.A.) — Ortsgruppe Karlsruhe — welcher als Einheitsgewerkschaft in seinen Reihen Angestellte, Techniker und Beamte zählt, hatte seine Mitglieder am vergangenen Sonntag in den Räumen der „Drei Linden“ zu einer Familienunterhaltung versammelt. Die schlichte Veranstaltung nahm dank des ausgezeichneten Programms einen hochbedeutenden Verlauf. In selbstiger Weise hatten sich zahlreiche Mitglieder zur Verfügung gestellt. Besonders sei dabei an die Darsteller des überaus lustigen Einakters — Fri. Miesler, Köhring, Anselm und Börner, Herrn Walz, Biecher, Roth und David — erinnert, die ihre Aufgabe sämtlich glänzend gelöst haben. Einen hochinteressanten Genuss bereitete Herr Jörn den zahlreichen Zuhörern durch den Vortrag der „Phantastie aus Friesland“ auf dem Fagel. Besonders Lob verdient auch das Gesangsquartett „Diegold“, dem eine Anzahl Mitglieder angehört, für seine ganz hervorragenden vorragenden Gesangsvorträge. Das schön entfaltete der bekannte Sammler Gumbach mit seinen geistvoll durchgeführten Vorträgen wahrer Weisheitsfährten. Herr Landsmann wies in seiner schwingvollen Rede auf die Not der Zeit hin und mahnte zur Einigkeit. Nicht laufende Feste zu feiern soll es jetzt geben, sondern den Mitgliedern bei den Sorgen des Abends zu neuer Entlastung der Arbeitsfreudigkeit auch Erholung bieten. Ein starker Tanz hielt die Teilnehmer noch einige Stunden zusammen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten darf auf eine gelungene Feier zurückblicken, er hat seine Aufgabe in glänzender Weise gelöst. Man wird der allseitig gewünschten Wiederholung solcher Familienfeiern mit dem größten Interesse entgegensehen.

Beranstellungen.

Indigarien. Die Feuerwehrgesellschaft wartet in ihrem heutigen Operation- und Wasserabend mit einem Programm auf, das eine Fülle der schönsten Weisen enthält. Mitbeliebte Melodien bergen die Phantastie aus „Fiebermaus“, dem „Vogelständer“, der auch diesen Sommer wieder einen so großen Erfolg beim Theaterpublikum errang, aus dem „Dreimäderlhaus“ und die Duettszene zur schönen Helena. Naturgemäß hat den Vortrag die Wiener Kaiser-Musik, die in den „Schlachten aus dem Wiener Wald“ von Jod. Strauß und den „Waldstreuern“ von Lehar aus wirksam vertreten sein wird. Auch die Modernen kommen dem gegenüber nicht zu kurz, wofür die Namen Leo Fall und Paul Linde bürgen, deren glänzende Opern in „Zwei Fährten zum Zaren“ und im beliebten „Luna-Balzer“ das Ohr entzücken werden. Eingeleitet wird der Abend von dem beiden nicht weniger klugen Namen Suppe und Sullwan.

Standesbuch-Auszüge.

Geburten. 8. Sept.: Richard Burkert von Angelfinnen, Hauslehrer in Akeningen, mit Margarete Zinser geb. Schmidt aus hier; Alexander Graf von hier, Buchdruckereimeister hier, mit Magdalena Schneider von Hesseheim; Max Rabenfeld von Büttelshof, Kaufm. hier, mit Charlotte Wagner von hier; Johann Wicketin von Mannheim, Dipl.-Ing. hier, mit Lily Lazarus von Mannheim; Otto Datal von Ailing, Kaufm. hier, mit Anna Grünbaum geb. Mendel von Cassel.

Geburten. 11. Aug.: Erta Elise Margaretha, Vater Rudolf Steger, Kaufm.; Maria Sibilla, Vater Arthur Dold, Ingenieur; Lucia Monika, Vater Wilhelm Roe, Eisenb.-Betr. — 1. Sept.: Elisabeth Eva, Vater Ernst Köhler, Bleicher; Bruno Heinrich Karl, Vater Felix Kühnel, Kaufm. — 2. Sept.: Heinz Hanno, Vater Heinrich Huber, Elektrochem.; Ghela, Magdalena, Vater Karl Schmitt, Schm. — 3. Sept.: Alfred August, Vater Gustav Dooß, Schneider. — 4. Sept.: Karl Rudolf Heinrich, Vater Heinrich Bob, Bauernmeister; Horst Ludwig, Vater August Hebold, Eisenb.-Oberbetr. — 5. Sept.: August Erna, Vater Gustav Weinken, Schum.; Helmut Werner August, Vater Johannes Kiffel, Kaufm.

Todesfälle. 7. Sept.: Emilie Dalz, alt 63 Jahre, Ehefrau des Werkl.-Vorl. Eugen Dalz; Ernst, alt 2 Tage, Vater Dr. Friedrich Gerle, Chem.; Karolina Schmitt, alt 47 Jahre, Ehefrau des Rühndelers Karl Schmitt; Friedrich Bode, ledig, Kaufm., alt 23 Jahre, Ludwig Schults, Chem., Ingenieur a. D., alt 78 Jahre. — 8. Sept.: Marie Gellendörfer, alt 72 Jahre, Witwe des Privatm. Friedrich Gellendörfer; Hedwig, alt 12 Jahre, Vater Albert Schröfl, Kunstmaler.

Verdauungszeit und Trautmann erwachsener Verheirateter. Freitag, 9. Sept., 11 Uhr: Friedrich Wilhelm, Fabrikarbeiter, Buchhändler, Unter-Oberb. (Beerdigung). — 1/3 Uhr: Ludw. Schults Ingenieur, Karl-Friedrichstr. 30 (Beerdigung). — 4 Uhr: Emilie Dalz, Werkl.-Vorl.-Ehefrau. Trauerf. 72.

Wirtschafts- und Handelszeitung

Die Erhöhung der Lagerplatzmieten bei der Eisenbahnverwaltung.

Man schreibt uns: Trotz wiederholter Erhöhung der Tarife im Personen- und Güterverkehr kommen die Einnahmen und Ausgaben der Reichseisenbahnen immer noch nicht in ein wirtschaftlich erträgliches Gleichgewicht. Wohl sind die Einnahmen aus dem Personenverkehr nicht als ungünstig zu bezeichnen, die Erträge aus dem Güterverkehr sind indessen, namentlich auch infolge der erheblichen Minderungen der zu befördernden Gütermenge, nicht befriedigend. An eine Tilgung des Fehlbetrags von 16 Milliarden Mark aus dem vorigen Jahr ist somit nicht zu denken.

Die Reichseisenbahnen sind aber als ein wichtiger Erwerbsunternehmer des gesamten deutschen Volkes zu betrachten und sollen sich nach der Reichsverfassung selbst erhalten. Die oberste Leitung dieses Unternehmens hat daher dem deutschen Volke gegenüber die Pflicht, das mächtige volkswirtschaftliche Produktionshilfsunternehmen auf eine finanziell gesunde Grundlage zu stellen, um es der deutschen Volkswirtschaft zu erhalten. Die Reichseisenbahnen müssen aus diesem Grunde kaufmännisch betrieben werden, neben rationeller Sparpolitik in den Ausgaben, muß jede mögliche Einnahmequelle erschöpft und zum Nutzen des Ganzen verwertet werden. Die frühere Wirtschaftspolitik muß bei Berücksichtigung der neuen Verhältnisse in vieler Hinsicht geändert werden.

Die Reichseisenbahnverwaltung hat beim Einsetzen der großen Feuerungswellen der Nachkriegsjahre leider zu lange damit gezögert, ihre Preise jenen der Privatwirtschaft nur auch einigermaßen anzugleichen. Sie hat unkaufmännisch gehandelt, indem sie sich der fallenden Hoffnungen hingab, durch ihre niedrige Preisbildung verbilligend auf die privatwirtschaftliche Preisgestaltung einzuwirken. Der herrschende Geist der skrupellosen Gewinnsucht hat aus diesem abgerundeten Verhalten der Eisenbahnverwaltung nur umso mehr Gewinn zu sichern gewußt, und die Feuerungswellen mehrten sich von Jahr zu Jahr. Gegenüber den privaten Unternehmungen ist die Reichseisenbahnverwaltung wegen des gesetzlichen Zwangs der befristeten Veröffentlichung in den Tarifen in der Preisgestaltung gebunden und kann nicht mit der erwünschten Beweglichkeit der allgemeinen Wirtschaftslage folgen. Dazu kommt, daß eine gewisse unbekannte obere Grenze nicht überschritten werden darf, ohne den Verkehr zu hemmen und damit die Einnahmen zu verringern.

In den Räumungen aus Liegenenschaften und einigen Sonderförderungsleistungen, deren Einzelart vertraglich besonders vereinbart ist, hat sie dagegen allein noch etwas freie Hand. Hierbei gehören in erster Linie die Einnahmen aus der Vermietung von Lagerplätzen. In der Vorkriegszeit wurde diesen Einnahmequellen wenig Beachtung geschenkt. Bei der früheren badischen Eisenbahnverwaltung verpachtete man Lagerplätze in Bahnhöfen zu 40 Ja sogar zu 20 Pfennig für den Quadratmeter und das Jahr, während man im benachbarten Württemberg, wo man von jeher auch in kleinen Dingen peinlich rednete, als Mindestsatz 1,50 M für den Quadratmeter und das Jahr erhob. Einer allgemein ergangenen Weisung des Reichsverkehrsministers folgend, schritten die süddeutschen Verwaltungen in Bayern, Württemberg und Baden im Sommer d. J. gemeinsam zu einer größeren Steigerung der Lagerplatzmieten. Hierbei ging man von der Erwägung aus, daß nicht nur der Nutzwert des Geländes an sich, sondern auch namentlich der Umfang, daß die Lagerplätze an Bahnhöfen liegen, auf denen sie bedient werden, mit in Rechnung zu stellen sei. Man rechnete die jetzigen Bau- und Unterhaltungskosten der Bahnhöfe, die als Teile des ganzen Bahnhofs — mit allen seinen zugehörigen Einrichtungen für Sicherung, Beleuchtung, Bewachung, Straßen usw. — zu betrachten sind, mit in den Geländewert ein, berücksichtigte die Drähtage, die Lage zu den Bedienungsgleisen, die Art der Verwendung des Lagerplatzes, den speziellen Nutzwert für den Mieter und kam hiernach im allgemeinen zu Sätzen von 4, 3, 2 und 1,50 M pro Quadratmeter und Jahr. Der Aufwand für die beweglichen Betriebsmittel (Lokomotiven und Wagen) ließ man außer Betracht, da diese Leistung durch eine besondere Gebühr abgegolten ist.

In den letzten zwei Jahren waren allerdings Steigerungen in mäßigen Grenzen schon durchgeführt worden. Gegenüber den ganz niedrigen badischen Sätzen der Vorkriegszeit bedeutete die letzte Steigerung immerhin in manchen Fällen eine Erhöhung um das zehnfache. In den beteiligten Interessentenkreisen — ein paar hundert Firmen im badischen Lande — löste diese Steigerung an mehreren Plätzen ärgerlichen Widerstand aus. Der Arbeitsverband in Freiburg ging sogar Klagen gegen die Eisenbahnverwaltung vor. Seine interessierten Mitglieder wandten sich an das Mietengericht, das die Steigerung für unzulässig erachtete. Auch im badischen Landtag kam die Sache zur Sprache, und auch hier fanden die Beschwerdeführer ein williges Ohr.

Die Zuständigkeit der Mietengerichte ist juristisch bestritten. Aber auch in nicht-juristischen Kreisen wird man es kaum verstehen, wie ein Mietengericht, das vornehmlich zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zum Schutze der Masse der Wohnungsmieter reichsweit ins Leben gerufen worden ist, sich in diesen Fällen für zuständig erachtet kann.

Der von den Mietern vorgebrachte Einwand, daß durch diese Steigerung die für die Volks-

wirtschaft wichtigen Lagergüter wie Kohlen, Holz usw. verteuert würden, ist haltlos. Diese Mietsteigerung drückt sich in der Gewichts- oder Maßeinheit dieser im Laufe eines Jahres in großen Mengen umgesetzten Massengüter kaum aus und kann von den Handelstreibenden bei gutem Willen leicht getragen werden, ohne daß sie sie auf die Masse der Einzelverbraucher durch Preissteigerung abwälzen müssen. Im Holz- und Kohlenhandel usw. ist während oder nach dem Krieg reichlich Geld verdient worden. Auch hat man nichts davon wahrnehmen können, daß zur Zeit der niedrigen Mietätze in Baden die Preise gegenüber Württemberg, wo von jeder höhere Mietätze galten, billiger gewesen wären.

Diese kurze Darstellung der Verhältnisse diene zur Aufklärung der Allgemeinheit, besonders auch darüber, wie es wirkt, wenn Mietengerichte zugunsten einzelner Handels- und Gewerbetreibenden dem Eisenbahnsystem eine Mietsteigerung verbieten wollen. Sie hat weiterhin den Zweck, im Volke den Gedanken zu wecken, daß die Eisenbahn ein Volkswirtschaftsunternehmen ist, an dem jeder einzelne Volksgenosse interessiert ist, daß das Wort „Eisenbahnsystem“ weiter nichts bedeutet, als „Volksgüterbeut“, und daß die gesunde Gestaltung des deutschen Reichseisenbahnsystems einer der wichtigsten Bausteine bei der Wiederaufrichtung unserer Volks- und Privatwirtschaft darstellt.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Murgwert und Trockenheit.

Auch die Leistungsfähigkeit des Murgwerks wurde durch die außergewöhnliche Trockenheit dieses Jahres verringert. Der Wasserzufluß ging tageweise auf 1,9 Kubikmeter pro Sekunde gegenüber einer maximal in den Maschinen ausnutzbaren Wassermenge von 20 Kubikmeter pro Sekunde zurück. Infolge der Aufspeicherungsmöglichkeit des Wassers in den Stunden geringen Strombedarfes konnte die Erzeugung zu den Hauptbedarfsstunden jedoch immer noch auf einem Wert gehalten werden, der im Zusammenarbeiten mit den Dampfmaschinen eine Aufrechterhaltung der Stromversorgung der Abnehmer ermöglichte. Erst als durch den in den letzten Wochen einsetzenden Streik der Dehler und Maschinenisten auf den Rheinischen die Kohlenzufuhr nach Süddeutschland nahezu vollkommen unterbrochen war, war die Stromversorgung im vollen Umfange nicht mehr möglich, und es mußte zu Einschränkungen gezwungen werden.

Die Augustkassette.

In einer amtlichen Spasaknote wird, vorbehaltlich endgültiger Nachprüfung, bestätigt, daß Deutschland die am 31. August fällige Milliarde Gold bezahlt hat.

Der fallende Geldwert.

Die von Herrn Dr. Elias Frankfort a. M. ermittelten Indexziffern über die Kosten der Lebenshaltung einer vierköpfigen Familie für den 1. September 1921 ergeben für Frankfurt a. M. eine Steigerung von 288 am 1. August auf 319 am 1. September und für Berlin eine solche von 324 am 1. August auf 353 am 1. September. In seinen Bemerkungen zu der Indexziffer weist Herr Dr. Elias darauf hin, daß wie zu erwarten war, die Indexziffer eine erhebliche Steigerung erfahren hat. Die schlechte Valuta wie der neue Brotpreis haben den Geldwert weiter gedrückt. Die Kaufkraft der Mark im Inland beträgt heute noch 83 Pfennig in bezug auf die Kosten der Lebenshaltung dagegen ist der äußere Geldwert der Mark mit dem Dollar verglichen auf knapp 5 Pfennig gesunken. Es ist zudem zu befürchten, daß die kommende Verteuerung der Kohle, der Miete und der Verbrauchsgüter mit der Zeit die Spannung zwischen innerem und äußerem Geldwert verringern wird. Die neue Indexziffer stellt mit 319 einen neuen Rekord dar.

Deutsche Goldsendungen nach Amerika.

(C.P.S.) New York, 7. Sept. Zur Begleichung der fälligen zweiten Rate der Reparationszahlungen hat Deutschland zum ersten Male in den Vereinigten Staaten, statt wie bei der ersten Rate in Wechsell, einen Teil seiner Verpflichtungen in Gold beglichen. Eine Sendung von 12000000 Goldmark, adressiert an das Bankhaus J. P. Morgan and Co., kam hier mit dem United States Line Dampfer „Sudbury“ an. Das Bankhaus erhielt die Befehle, das Gold auf Konto der Bank von England zu schreiben. Die Sendung, die nicht vorher angekündigt war, hat unter den Bankiers allenthalben Diskussion ausgelöst, vornehmlich nach der Herkunft des Goldes. Man mag nicht glauben, daß die deutsche Regierung sich entschieden hat, die Goldvorräte der Reichsbank anzugreifen, und tatsächlich zeigen auch die Ausweise der Reichsbank keinen entsprechenden Goldabfluß. Man ist allgemein der Ansicht, daß das Gold dieser Sendung aus Russland stammt; doch bedeutet das kein Hindernis für die Einfuhr, vorausgesetzt, daß die Münzen Prägung einer Regierung sind, deren Goldmünzen einem Einfuhrverbot nach den Vereinigten Staaten nicht unterliegen. Mit dem gleichen Schiff sind 404 Kisten Silber im Werte von 3500000 Dollars angekommen, die, wie eine weitere Sendung von 140 nach Philadelphia bestimmten Kisten im Werte von etwa 1000000 Dollars, zur Schaffung weiterer Kredite für Deutschland dienen sollen. Das Silber soll jedoch nicht zum Verkauf gelangen, sondern nur als Nebensicherung dienen. Nach einer neueren Schätzung beläuft sich der Wert des Silbers im Besitz der Reichsbank auf 18000000, von dem für 10000000 Dollars bereits nach den Vereinigten Staaten gelangt ist.

Der elassische Kalifandal.

i. Straßburg i. E., 8. Sept. Die elassisch-berühmte Preise erhöht sich ausserlich einen Stand in den oberelassischen Kaliminen, in deren Verwaltung 128 Millionen verschwinden sein sollen. Trotz der vielen Statistiken und Veröffentlichungen über den unerhöplichen Reichtum der Minen mußte bekanntlich die Sequesterverwaltung beim Staate eine Anleihe von 15 Millionen Mk. aufnehmen, um ihren Verpflichtungen den Arbeitern und Angestellten gegenüber nachkommen zu können. Dies, nachdem man im Vorjahre mit einem Ueberschuß von 120 Millionen abgeschlossen hatte! Eine von der Staatsanwaltschaft angeordnete Untersuchung wegen Diebstahls und Unterschlagung gegen Unbekannt blieb ergebnislos. In dem einschendigen Pressefeldzug bemerkt zu der Kaliminenaffäre das „Journal d'Alsace et de Lorraine“: „Unter anderen eigenartigen Dingen, deren Enthüllung nahe bevorsteht, wird man die Liste der an Zeitungen vertriehen außerordentlichen Unterstühtungen vorfinden.“ Gegen den Generalsekretär der Minen wird der Vorwurf erhoben, Privat- und Allgemeininteressen verquid zu haben, da er an der Spitze einer Handelsgesellschaft steht, die den zentralisierten Verkauf der gewonnenen Kalifalze in Händen hat, er auch im Transportwesen der Minen eine vorwiegende Stellung einnimmt und daß der Kalitransport zugunsten einer Gesellschaft monopolisiert sein soll, an der die Kalifalze selbst finanziell beteiligt und der Generalsekretär Administrator ist. Zum Schluß soll er Verwandtschaft und Freundschaft in den Minen äußerst gut untergebracht haben. Vielleicht bringen schwebende Prozesse und die stammerinterpellation Klärung in diese Angelegenheit.

Zum Handelsverkehr mit Australien.

Für die Handelswelt, die Agenten oder Zweigniederlassungen in Australien unterhält, sind nach Mitteilung der Handelskammer Karlsruhe die Bestimmungen von großer Bedeutung, die in dem neuen australischen Gesetz über den Widerruf der Kriegsmarkregel in niedergelegt sind. Danach gilt jede Gesellschaft, die in einem Land außerhalb des australischen Staats eingetragen ist, als überseeische Gesellschaft.

Der Vertreter oder Agent einer solchen Gesellschaft ist, muß das 3 Monate nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmung und außerdem alljährlich innerhalb eines Monats nach Beendigung des Finanzjahres dem staatlichen Steuer-einnehmer mitteilen, der für die australische Hauptniederlassung zuständig ist. Wer in Australien zum Vertreter einer Firma ernannt wird oder als solcher dahin überföhrt, hat der Steuerbehörde innerhalb eines Monats davon Kenntnis zu geben. Gleichzeitig muß der Agent über die Größe des Kapitals seiner Gesellschaft sowie ihre sämtlichen Zweigniederlassungen Auskunft erteilen.

Was gilt die deutsche Mark im Ausland?

Für 100 deutsche Mark wurden gezahlt:				
in	vor dem Kriege	Mitte d. Woche	Mitte vor. Woche	Währung d. Land.
Nordamerika	23,80	1,08	1,17	Dollar
England	97,80	5,81	6,63	Shilling
Frankreich	125,40	14,12	14,32	Franken
Italien	125,40	25,13	27,20	Lira
Holland	69,20	3,39	3,72	1/2 Gulden
D.-Oesterr.	117,80	1417,—	1280,—	Kronen
Tsch.-Slow.	117,80	89,—	97,25	Sokol
Ungarn	117,80	454,50	454,50	Kronen
Schweiz	125,40	6,35	6,80	Franken
Schweden	88,80	5,10	5,40	Kronen
Norwegen	88,80	8,50	8,50	Kronen
Dänemark	88,80	6,40	6,85	Kronen
Finland	125,40	78,29	81,50	Fin. Mk.

Der fortgesetzte Niedergang der Kaufkraft der Mark, der in der Aufstellung erneut zum Ausdruck kommt, spiegelt die Wirkungen wider, welche die Ende August fällige Zahlung der Goldmilliarde an die Entente verursacht haben. Die Zahlung ist erfolgt, doch ist damit die endgültige Übertragung deutschen Nationalvermögens noch nicht einmal geschehen, ist doch fast die Hälfte der in Frage kommenden Summe nur durch vorübergehende Hilfsmittel beschafft worden, im Wege des Kredites. Diese Kredite werden im Laufe der nächsten 3 Monate fällig, und werden vermutlich weiterhin auf die Entwertung der deutschen Mark drücken.

Mannheimer Produktenbörse.

K. Mannheim, 8. Sept. Die Festigkeit am Produktenmarkt machte weitere Fortschritte, wozu die Verschlechterung der Mark im Ausland, als die von den nordamerikanischen Getreidemärkten gekelbten höheren Optionspreise den Anlaß gaben. Für Weizen und Roggen zeigte sich hauptsächlich für spätere Lieferung mehr Interesse, während prompte Ware weniger Beachtung fand. Braugerste war nur in guten Qualitäten unterzubringen. Futtergerste blieb etwas gefragt und wurde einiges zu erhöhten Preisen umgesetzt. Für Hafer zeigte sich stärkerer Kauflust für spätere Lieferung. Mais lag infolge des Steigens der Devisenkurse. Mehl hatte ziemlich unveränderten Markt. Futterartikel blieben bei ziemlich guter Nachfrage weiter behauptet; die Verkäufer halten aber zu den alten Preisen im Einkauf zurück und die Forderungen lassen infolgedessen ein Anziehen erkennen. Hülsenfrüchte zeigen keine nennenswerte Veränderung.

Amtliche Notierungen. Mais, langer gelber 333 bis 360, Erbsen, inL 450—550, Weizen loco 455 bis 465, Roggen 370—380, Braugerste 450—480, Hafer 360—385, Ackerbohnen 390, Wiesenheu 200—220, Rotkleeheu 220—230, Preßstroh 65—75, geb. Stroh 65—75, Reis inkl. Sack 675—900. Tendenz: fester.

Börse—Handel—Industrie—Gewerbe.

Frankfurter Börse. w. Frankfurt a. M., 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Brüssel 760, Holland 3180, London 372, Paris 770, Schweiz 1710, Newyork 99%. Tendenz: fest.

Berliner Börse. Der Berliner Börsenvorstand hat beschlossen, die Börse auch am heutigen Freitag ausfallen zu lassen.

Geldmarkt. Sproz. Neckarleihe. Die Zeichnungen auf die Anleihe, die von der Neckar-Aktiengesellschaft zur Beschaffung der Mittel für den Bau des Neckarkanal als Teil der Neckar-Donau-Großschiffahrtsstraße sowie den Bau und Betrieb von 26 Wasserkraftwerken an der Neckarwasserstraße ausgehen wird, gehen sehr günstig ein. Wie aus dem Anzeigenteil unseres Blattes ersichtlich ist, läuft die Zeichnungsfrist am 15. d. Mts. ab.

Die Oberrheinische Bankanstalt A.G. Konstanz hat in Kleinlaufenburg eine Niederlassung eröffnet.

Devisennotierungen:			
w. Frankfurt, 8. Sept.		w. Zürich, 8. Sept.	
	7. Sept.	8. Sept.	
Antwerpen-Brüssel	709.30	709.70	722.20
Holland	297.25	297.30	302.90
London	347.60	348.40	357.60
Paris	716.30	717.70	739.20
Schwiz	1595.90	1599.10	1658.30
Spanien	121.70	121.90	125.80
Italien	406.35	407.15	424.50
Japan	1608.40	1611.20	1693.30
Dänemark	1221.20	1223.80	1276.20
Norwegen	2016.50	2018.50	2082.90
Schweden	93.45	93.65	96.10
Newyork	9.98	10.02	10.14
Wien (alt)	22.27	22.28	22.22
Deutsch-Oesterr.	111.80	112.20	—
Budapest	—	—	—
Prag	—	—	—

Devisenkurse im Freivkehr.			
w. Frankfurt, 8. Sept.		w. Zürich, 8. Sept.	
	7. Sept.	8. Sept.	
Rotterdam-Amst.	297.25	297.30	306.30
Brüssel	709.30	709.70	722.20
Christians	1216.25	1218.75	1266.20
Kopenhagen	1638.35	1641.65	1743.25
Stockholm	2001.90	2006.05	2107.95
Helsingfors	127.60	127.90	129.60
Italien	406.05	406.95	423.90
London	348.15	348.85	357.10
Newyork	94.02	94.22	97.15
Paris	717.75	719.25	739.20
Schwiz	1606.35	1609.55	1699.30
Spanien	—	—	128.70
Wien (alt)	—	—	22.30
Deutsch-Oesterr.	9.83	9.87	10.33
Prag	112.60	112.90	115.85
Budapest	22.27	22.33	22.37
Lissabon	—	—	22.43
Bulgarien	—	—	—
Polnische Noten	—	—	—